

**Wahl zum  
Abgeordnetenhaus von Berlin  
2011**

**Wahlprogramm**

**PARTEI  
MENSCH UMWELT  
TIERSCHUTZ**

---

**- Tierschutzpartei -  
Landesverband Berlin**

## Inhaltsverzeichnis

Arbeit und Soziales.....	3
Bildung und Ausbildung.....	3
Bürgerbeteiligung und Demokratie.....	4
Gesundheit.....	4
Haushalts- und Finanzpolitik.....	5
Innere Sicherheit, Datenschutz und Justiz.....	5
Integration und Zuwanderung.....	6
Kinder, Jugend und Familie.....	6
Pflege.....	7
Tierschutz und Tierrechte.....	7
Umwelt, Energie und Verkehr.....	8
Wirtschaft.....	9
Wohnen.....	9

# Arbeit und Soziales

- neue Arbeitsplätze durch Förderung ökologischer Technologien
- Arbeitsplätze im sozialen/gesellschaftlichen Bereich fördern und attraktiver gestalten (Pflegepersonal)
- mehr Arbeitsplätze durch mehr Schutzmaßnahmen für Grünanlagen in Berlin ( z.B. Parkwächter)

## **Das Land Berlin soll sich durch Bundesratsinitiativen einsetzen für ...**

- angemessener gesetzlicher Mindestlohn für alle Branchen
- Gleichheit sowohl der Löhne/Gehälter als auch der Renten in Ost und West
- gleiche Löhne/Gehälter bei gleicher Arbeit für Frauen und Männer
- Arbeitnehmerrechte stärken
- Erhalt von Minijobs, aber Förderung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung (das Minijob-Modell soll hauptsächlich dem Zuverdienst dienen, soll aber kein Hauptbeschäftigungsmodell sein
- neue Arbeitsplätze durch Umstellung auf ökologische Landwirtschaft
- Anhebung der Regelsätze bei Hartz IV, zusätzlich Anspruch auf Einmalleistungen
- Bundesfreiwilligendienst im sozialen/gesellschaftlichen Bereich finanziell oder z.B. durch zusätzliche Rentenpunkte attraktiver gestalten
- keine Anrechnung einer Riester-Rente auf die Grundsicherung im Rentenalter

# Bildung und Ausbildung

- es muss mehr in Bildung investiert werden (Zukunftsinvestition)
- kleinere Klassen (max. 20 Schüler pro Klasse) und gezieltere Förderung Einzelner schon ab der 1. Klasse
- verpflichtende Fortbildungen für Lehrer - mit Leistungsnachweis
- mehr Sozialarbeiter/Erzieher an Schulen (Mobbingvorsorge)
- verstärkte Förderung von Politikunterricht an Schulen (Interesse und Begeisterung für politisches Wirken bei den Jugendlichen fördern)
- Einführung eines Unterrichtsfachs „praxisbezogene Lebenskunde“ als Vorbereitung auf das praktische Leben (sexuelle Aufklärung, Hygiene, gesunde Lebensweise, Geldgeschäfte, „Behördenkunde“, Versicherungen, juristisches Grundwissen, bspw. Miete-, Bank-, Handy-Verträge)
- Tierschutz als verpflichtender Bestandteil des Ethikunterricht
- keine Anwerbung von unter 18-jährigen durch die Bundeswehr in Schulen

- Schaffung von arbeitsmarktorientierten Ausbildungsplätzen für alle Jugendlichen (auch bei staatlich geförderten Trägern), finanziert durch eine Ausbildungsplatzumlage
- keine Studiengebühren an Berliner Hochschulen

#### **Das Land Berlin soll sich durch Bundesratsinitiativen einsetzen für ...**

- bundesweit einheitliche Schul- und Bildungsstandards (gleiche Abschlussvoraussetzungen) auch an den Hochschulen
- Bafög-Voraussetzungen erleichtern und Bafög erhöhen (Ausgleich der Krankenkassenbeiträge und Hochschulbeiträge)

## **Bürgerbeteiligung und Demokratie**

- Novellierung des Landeswahlgesetzes, u.a. Aufhebung der 3%-Hürde bei den BVV-Wahlen (Kommunalebene)
- Senkung der Hürden für Volksentscheide in Berlin
- Sicherstellung der Durchsetzung von Volksentscheiden in Berlin -> Die Bürger sollen mehr Einwirkungsmöglichkeiten auf die Politik erhalten, so kann der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden
- keine Willkür von Behörden

#### **Das Land Berlin soll sich durch Bundesratsinitiativen einsetzen für ...**

- "Einführung" von Volksentscheiden auf Bundesebene

## **Gesundheit**

- Einsparung durch Schaffung von Gesundheitszentren (früher: Polikliniksystem), keine langen Wege und Überweisungen für Einzeluntersuchungen und dadurch auch Kostenersparnis
- Verstärkter Schutz und Absicherung der Rechte von Psychatrieeinsassen

#### **Das Land Berlin soll sich durch Bundesratsinitiativen einsetzen für ...**

- eine einheitliche Krankenversicherung für alle (unabhängig von Einkommen oder Stellung) -> Stichwort: Eine soziale Kasse! Jeder muss einzahlen, das erhöht das Leistungsspektrum und bietet ausreichend finanzielle Rücklagen für die Krankenkassen, außerdem gleiche Leistungen für alle, kein Zwei-Klassen-System mehr; es bleibt die Wahlmöglichkeit einer privaten Zusatzversicherung

- keine Zuzahlungen, keine Praxisgebühren
- Aufnahme homöopathischer und anderer Alternativmethoden in das Leistungsspektrum
- Mehr Investition in Präventivmaßnahmen/Vorsorgeuntersuchungen
- Verringerung der Pharmakosten durch staatliche Preisaufsicht und Kontrolle (wie in Frankreich erfolgreich praktiziert)
- Verringerung der Kosten der Krankenkassen durch verstärkte Kontrollen der Abrechnungen, um Missbrauch/Betrug zu vermeiden (Aushändigung der Abrechnung auch an Kassenpatienten zur Selbstkontrolle von abgerechneten Leistungen)

## Haushalts- und Finanzpolitik

- - Neuverschuldung des Landes reduzieren
- - Haushaltspolitische Vorrang von Bildungspolitik gegenüber Prestigeprojekten

Das Land Berlin soll sich durch Bundesratsinitiativen einsetzen für ...

- Einführung einer Luxussteuer bei gleichzeitiger Senkung der Mehrwertsteuer für Dinge des täglichen Bedarfs

## Innere Sicherheit, Datenschutz und Justiz

### **Innere Sicherheit**

- Opferschutz: unmittelbare Versorgung/Betreuung durch Psychologen/Sozialarbeiter
- Strafprävention ausbauen und Strafverfolgung verschärfen
- Jugendlichen und erwachsenen Straftätern eine qualifizierte Ausbildung sicherstellen
- Sicherheitsaufgaben müssen beim Staat verbleiben
- Umsetzung der individuellen Kennzeichnungspflicht für Polizisten sicherstellen (Nummer oder Name nach Wahl)
- Mehr psychologische und pädagogische Ausbildung von Polizisten; keine 24-Stunden-Schicht

### **Datenschutz**

**Das Land Berlin soll sich durch Bundesratsinitiativen einsetzen für ...**

- Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes
- Nur bei begründetem Verdacht und mit gerichtlicher Genehmigung Zugriff auf Daten/Überwachung der Bürger
- Kein „gläserner Bürger“

## **Justiz**

- Überbelegung verhindern durch Neubau von Gefängnissen
- Im Strafvollzug Ersttäter von Mehrfachtätern und nach Alter trennen, sexuelle Übergriffe konsequent verhindern, mehr qualifiziertes Personal im Strafvollzug (Strafvollzugsbeamte, Psychologen, Pädagogen, Sozialarbeiter, externe Ausbilder)

### **Das Land Berlin soll sich durch Bundesratsinitiativen einsetzen für ...**

- Rentenpunkte für arbeitende Strafgefangene

## **Integration und Zuwanderung**

- Kostenlose Sprachkurse, Förderung der gesamten Familie

### **Das Land Berlin soll sich durch Bundesratsinitiativen einsetzen für ...**

- Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft an Nachweis deutscher Sprachkenntnisse sowie grundlegendes Verständnis von Demokratie und Recht der BRD knüpfen
- Asyl- und Flüchtlingspolitik verbessern (Sicherstellung guter Lebensbedingungen und Versorgung)
- Gründliche aber zeitnahe Bearbeitung von Asylverfahren; Rücksichtnahme auf betroffene Kinder und deren Entwicklung (keine Minderjährigen in Abschiebehaft)

## **Kinder, Jugend und Familie**

### **Kinder und Familie**

- Schaffung von mehr bezahlbaren Betreuungsmöglichkeiten (orientiert am Einkommen der Eltern)
- Förderung familiengerechter Arbeitsplätze (Kinderbetreuung am Arbeitsplatz)
- Kinder und Jugendliche zu einem ökologisch bewussten Konsum anleiten

### **Das Land Berlin soll sich durch Bundesratsinitiativen einsetzen für ...**

- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Wohnortnähe
- Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen
- Hartz-IV-Regelsatz auch für Kinder und Jugendliche erhöhen

## **Jugend**

- Wahlalter auf 16 Jahre senken
- Wieder mehr Jugendfreizeiteinrichtungen in Berlin
- Jugendclubs mit kontrolliertem Internetzugang
- Kostenneutraler oder zumindest kostengünstiger Zugang zu Sport- und Freizeiteinrichtungen
- Förderung von ehrenamtlicher Jugendarbeit
- Förderung von ehrenamtlichen Engagement in der Freizeit
- Streetworker in jedem Problemkiez in Berlin
- Schnellere und konsequentere Anwendung des Jugendstrafrechts

## Pflege

- Pflegenotstand bekämpfen!
- Gewährleistung einer ausreichenden Pflege von Pflegebedürftigen
- Mehr Betreuungszeiten, Fortbildung und Personal für Demenzkranke

## Tierschutz und Tierrechte

- Abschaffung der Massentierhaltung, stattdessen Förderung des ökologischen Landbaus und Verbesserung der Bio-Verordnungen
- Kennzeichnung der Klimabilanz bei tierischen Produkten
- Keine Subventionen für konventionelle Intensivtierhaltung
- Keine Tiertransporte über 8 Stunden und nur unter Veterinäraufsicht und unter Gewährleistung von Pflege, Versorgung, ausreichend Platz (EU)
- Kein Akkordschlachten und auch keine Ausnahmeregelungen für das Schächten (Abwägung von Religionsfreiheit und Tierschutz muss pro Tierschutz vorgenommen werden, da hier das Leid größer ist)
- Abschaffung von Tierversuchen schrittweise über Förderung von Alternativmethoden, mehr Transparenz bei Anträgen zu Tierversuchen, keine Genehmigungen von Wiederholungen/bereits durchgeführten Tests, Abwägung von Sinn und Zweck/Ziel der Forschung mit dem im Grundgesetz verankerten Tierschutz, keine Lebendvivisektion, schmerzhaft Eingriffe nur unter Betäubung, verbesserte Haltungsbedingungen bis zum völligen Verzicht auf Tierversuche
- Verbot von Qualzuchtungen und Einschränkung von Züchterlaubnissen
- Mehr Hundenauslaufgebiete und Aufstellung von Kotbeutelspendern mit Entsorgungsmöglichkeiten vor Ort (Vorbild z.B. Wien)
- Haustiere nicht als „Ware“ verkäuflich (keine lebenden Wirbeltiere in Zoofachgeschäften); am Besten nur im „Adoptionsverfahren“ durch Tierschutzvereine/Tierheime gegen Schutzgebühr

- Keine Exotenhaltung, außer Qualifikation und wildtiergerechte Haltungsbedingungen werden vom Veterinäramt überwacht und kontrolliert (Exotenhaltung als Ausnahme und nicht als klassische Haustierhaltung)
- Novellierung des Tierschutzgesetzes mit entsprechend hartem Strafkatalog und verstärkte Durchsetzung durch Einrichtung eines Bundesministeriums für Tierschutz
- Verstärkung der Amtstierärzte unter Aufsicht eines Staatssekretärs für Tierschutz (z.B. bei der Senatsverwaltung für Umwelt), außerdem verstärkte Kontrollen, weniger Ermessensspielraum der Amtsveterinäre
- Einrichtung einer Wildtierauffangstation in Berlin
- Förderung der Tierheime durch das Land Berlin
- Förderung von Taubenschutzprojekten durch das Land Berlin
- Freigabe der beiden Bären im Köllnischen Park in ein Bärenreservat
- Einführung des Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzvereine in Berlin (über den Bundesrat auch auf Bundesebene)
- Keine Wildtiere im Zirkus (Verbot von Wildtierzirkussen in Berlin/keine Genehmigungen für solche)
- Keine Wildtiere in Zoos, deren natürlicher Lebensraum und natürliche Lebensgestaltung nicht nachempfunden werden kann (z.B. wegen mangelnder Wandermöglichkeit, kein ausreichend großes Gehege, keine Beschäftigungsmöglichkeiten etc.), stattdessen Umstellung auf Wildparks und Aufnahme von Wildtieren aus Zirkussen oder sonstigen, die nicht mehr ausgewildert werden können
- Komplettes Verbot von aus freier Wildbahn gefangenen Tieren für Zoologische Gärten und Parks
- Verbot von Treib- und Fallenjagd, außerdem Recht von Grundstücksbesitzern, die Jagd auf ihrem Grundstück zu untersagen
- Verbot von Pferdekutschen innerhalb des S-Bahn-Rings
- Verbot der Pelztierhaltung in Deutschland (über Bundesrat)

## Umwelt, Energie und Verkehr

- erneuerbare Energien verstärkt ausbauen und fördern (Ziel muss ein 100 %- Anteil sein)
- Erneuerbare Energien dürfen nicht wiederum zulasten der Umwelt oder von Ökosystemen gehen, daher keine erneuerbaren Energien bzw. nachwachsende Rohstoffe fördern, die neue Umweltprobleme produzieren (z.B. kein Palmölanbau im Regenwald, generell Monokulturen vermeiden)
- Ausbau des Leitungsnetzes und Forschung an Energiespeichersystemen muss vorrangig betrieben werden, um das 100 %-Ziel zu erreichen
- Ressourceneffizienz nutzen (Gebäudesanierung, Energieberatung, Energieeffizienz; Energiesparen)
- Alle Fahrzeuge der öffentlichen Hand (Dienstwagen, Polizei-, Feuerwehrfahrzeuge usw.) sofort auf umweltschonende Antriebe umrüsten

- Landesnaturschutzgesetze verbessern, Sanktionen verschärfen
- Gegen die Privatisierung der Versorgungsunternehmen und des öffentlichen Nahverkehrs
- Keine neuen Kohlekraftwerke
- Effiziente Blockheizkraftwerke als Brückentechnologie nutzen (Betrieb mit Biomasserohstoffen nur, soweit ökologisch und sozial vertretbar)
- Keine Biomasseimporte aus Übersee
- Keine Befreiung von der EEG-Umlage für die Industrie
- Atomausstieg möglichst verkürzen um weitere radioaktive Abfälle zu vermeiden
- Ausbau des Fahrradwegenetzes und des öffentlichen Nahverkehrs
- Nachtflugverbot zwischen 22.00 und 6.00 Uhr (BBI)
- Frühzeitige Sanierung von maroden Straßen/Brücken, um zukünftige Mehrkosten zu vermeiden
- A100: Prüfung von Alternativen zur bisherigen Planung, danach durch Senat initiiertes Volksentscheid der Berliner Bürger

## Wirtschaft

- Soziale, aber auch ökologische und tierschutzgerechte Marktwirtschaft
- Staatliche Kontrolle der Banken
- Stärkung des Agrarsektors in Deutschland durch Umstellung auf ökologischen Landbau, höchstmögliche Eigenproduktion von Lebensmitteln um Regionen zu stärken und möglichst wenig auf Importe angewiesen zu sein
- Berlin als Standort für Umwelttechnik ausbauen

## Wohnen

- sozialen Wohnungsbau fördern, damit soziale Durchmischung beibehalten bleibt und Menschen mit geringem Einkommen auch in beliebteren Gegenden wohnen können und somit der Brennpunktbildung entgegen gewirkt werden kann
- nach öffentlich geförderten Wohnungssanierungen soll die Miete nur begrenzt erhöht werden dürfen, denn wer vom Staat Mittel erhält, sollte sich an einen sozialen Rahmen halten
- kein Verkauf von Berliner Miethäusern an ausländische Investoren! Uns ist es wichtig, dass sich das Land Berlin nicht von seinen Immobilien trennt, um weiter sozialen Wohnungsbau in gewünschtem Maße leisten zu können.
- die Wohnungsbaugesellschaften sollen Wohnraum auch für einkommensschwache Mieter bereitstellen
- bei Gefährdung der Wohnraumversorgung in einzelnen Stadtbezirken sollen zeitlich begrenzte Mietobergrenzen für Wiedervermietungen möglich werden